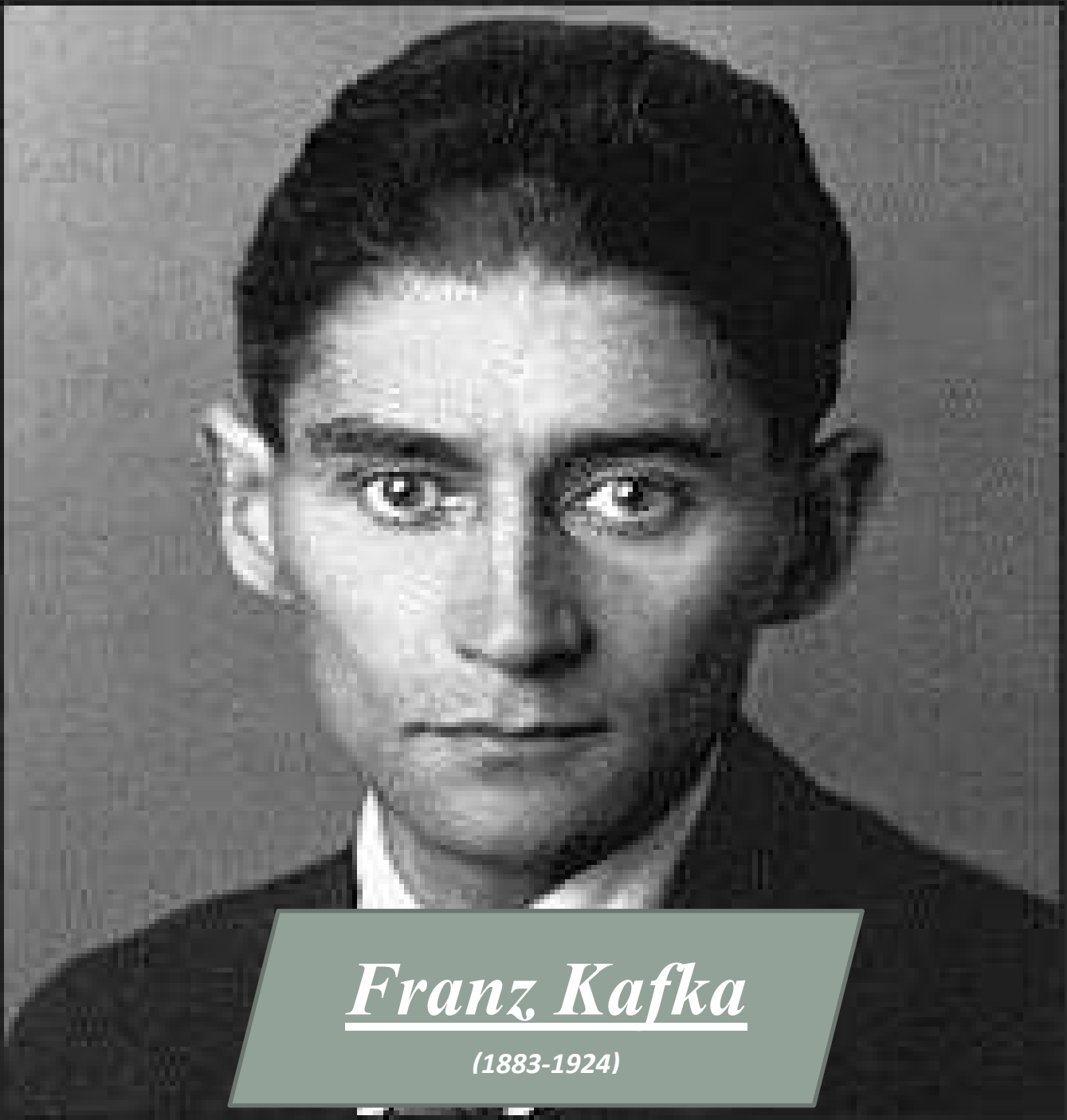


# WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

*Mai 2024*



*Franz Kafka*

(1883-1924)

Inhalt:			
01. Franz Kafka und der Prager Frühling	S. 03	10. Erbarmungsloser Umgang mit den Slowaken	S. 12
02. Deutsch als Minderheitensprache anerkannt	S. 05	11. Der Streit der Tschechen mit Liechtenstein	S. 15
03. Das Wort des Vorsitzenden	S. 06	12. Ein Roman wider den Zeitgeist (Rossmüller)	S. 16
04. Trauer um Gerhard Zeihsel	S. 06	13. Die Welt verstehen	S. 18
05. Störung beim Märzgedenken in Kaaden	S. 07	14. Minderheitenstreit im hohen Norden	S. 19
06. Veranstaltungen der SL	S. 07	15. Träger des Großen Sud .Kulturpreises	S. 20
07. Ohne Deutsche (Namensänderung)	S. 08	16. Die Retribution	S. 21
08. Angriff auf die Demokratie?	S. 09	-	- und weitere Beiträge passim -
09. Rivalitäten zwischen ZFI und IfZ	S. 11		

### Impressum

DER WITIKOBRIEF. (Mitteilungsblatt des Witikobundes, einer für Menschen- und Völkerrecht eintretenden sude-tendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung). Herausgeber: Witikobund e.V.

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 18 Euro; für Mitglieder frei.

V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 01707029867.

Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;

e-Post: [wikitobund-bundesverband@freenet.de](mailto:witikobund-bundesverband@freenet.de); Heimseite: [www.witikobund.de](http://www.witikobund.de)

Druck: Wolfring, An der Riedwiese 6, 61250 Usingen

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!

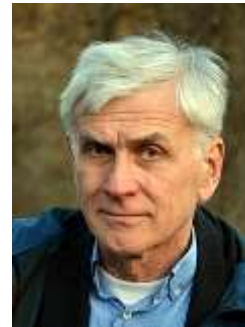
Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frank Dittrich, 61294 Bad Homburg, PF.2411. Bei Spenden bis 300 € genügen als Spendenquittung der Einzahlungsbeleg u. die Angabe unserer Steuernummer: 03 250 99235 bei FA Bad Homburg.

Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 66. Jahr!

### **Jan Urban über Benesch**

Als tschechischer, in New York lebender ehemaliger Dissident und Mitunterzeichner der Charta 77 hält es Prof. Jan Urban für den größten Fehler Masaryks, Edvard Benes als seinen Nachfolger ausgewählt zu haben:

*"Er war ein effizienter und fähiger Beamter, aber er hätte nie Staats- oberhaupt werden dürfen. Er hat den Staat auf ungläubliche Weise zer- stört. Er war rachsüchtig, egozentrisch und ungebildet in moderner Machtpolitik. Benes ist einer der vielen Mythen der tschechischen Politik und des gesellschaftlichen Bewusstseins. Solange wir nicht zugeben, dass er ein Manipulator war, der Menschen inhaftieren ließ und mit Stalin und den tschechoslowakischen Kommunisten auf eine Art und Weise kollaborierte, die jenseits des Normalen lag, werden wir nie erwachsen werden".*



Jan Urban (\*1951)

### **Fundstücke**

1. Im April wurden in Indien für 1,47 Mrd. Einwohner 545 Abgeordnete gewählt. Deutschland hat für 83 Mio. Einwohner 735 Abgeordnete. Nach deutschem Maßstab müsste Indien 13.019 Abgeordnete haben!
2. Artikel 220a des deutschen Strafgesetzbuches untersagt den Völkermord, was bisher aber keine Auswirkungen auf die deutsche Politik gegenüber den Vertreiberstaaten hatte.
3. Karlsbad war von 1933 bis 1938 der Druckort für unzählige Flugblätter der sozialdemokratischen Emig- ration, die anschließend durch die Grenzwälder „ins Reich“ geschmuggelt wurden (Wenzel Jaksch, Euro- pas Weg nach Potsdam, S. 264).

## **Franz Kafka und der „Prager Frühling“**

Am 3.6.2024 jährt sich Franz Kafkas Todestag zum hundertsten Male. Das ist für viele ein Grund, sich Kafkas Werken wieder verstärkt zuzuwenden. Weniger bekannt ist aber, dass diese einmal auch in der Politik eine Rolle gespielt haben.

### **Kafka-Konferenz als Wagnis**

Der Prager Frühling begann vor rund 60 Jahren. Als Initialzündung dafür gilt bei vielen die Kafka-Konferenz von Ende Mai 1963 auf Schloß Liblice, 45 km nördlich von Prag. Dazu eingeladen hatten die Germanisten Eduard Goldstücker und Pavel Reimann. Das politische Umfeld schien günstig, denn im Dezember 1962 hatte sich der 12. Parteitag der KPC für die Überwindung des „Personenkultes“ ausgesprochen, was als Andeutung für eine schrittweise Rehabilitierung der Opfer politischer Prozesse, für eine neue Wirtschaftspolitik (Ota Sik!) und als Signal für eine Liberalisierung der Kulturpolitik verstanden wurde. Dennoch war das Vorhaben Goldstückers mutig, und das gleich aus mehreren Gründen: Neu an diesem Kongress war, dass man sich wieder mit einem deutschsprachigen Schriftsteller befasste, denn der Zeitgeist ließ es in den Jahren nach 1945 nicht zu, Deutsch als Sprache einer Kulturnation zu behandeln. Diese Erfahrung machten nicht zuletzt einige aus dem Exil zurückgekehrte deutsche Literaten wie Franz Carl Weiskopf, Louis Fürnberg oder Egon Erwin Kisch. Weiskopf schrieb an Kisch: „Die Möglichkeit als deutscher Schriftsteller in der Tschechoslowakei zu wirken, ist vorbei.“



F.Kafka (1883-1924)

### **Wer lud ein?**

Bemerkenswert war an diesem Kongress aber auch die Person des einladenden Eduard Goldstücker (1913-2000). Dieser hatte den Krieg im Londoner Exil verbracht und war ab 1948 tschechoslowakischer Botschafter in Israel. 1951 geriet er in den Strudel des Slansky-Prozesses und wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Nach vier Jahren im Uranbergwerk kam er 1955 jedoch wieder frei. In den Fokus des Staatsapparates war er geraten, weil er zur Gruppe der vermeintlichen „Kosmopoliten“ gezählt wurde, deren Merkmale darin bestanden, dass sie vornehmlich aus dem westlichen Exil kamen, sich Informationen in mehreren Sprachen beschaffen konnten und zu diskutieren gelernt hatten. Obendrein waren die meisten von ihnen Juden. Mit der Rehabilitierung Kafkas auf Schloss Liblice sollten vermutlich auch die



Tafel an Kafkas Geburtshaus

Opfer des Slansky-Prozesses, einschließlich Goldstückers selbst, rehabilitiert werden.

### **Ideologischer Sprengstoff**

Der Kafka-Kongress barg aber hauptsächlich ideologischen Sprengstoff. Kafkas Figuren bewegen sich meist in einem Labyrinth undurchsichtiger Verhältnisse, sind der erniedrigenden Bevormundung anonymer Mächte ausgeliefert und scheitern schließlich an diesen. Zunächst sahen Sozialisten und Kommunisten darin ein Stück Sozialkritik an Kapitalismus und Faschismus. Bald aber erkannten sich in Kafkas Szenarien auch die Untertanen kommunistischer Diktaturen wieder. Der Prager Dichter hatte visionär auch deren Lebenssituation beschrieben. Das aber rief die Zensur auf den Plan. Kafkas Botschaften galten jetzt als subversiv und schienen das Machtmonopol der kommunistischen Partei zu bedrohen. Wie „recht“ die Zensoren hatten (sofern ein Zensor überhaupt jemals „Recht haben“ kann), zeigt eine Äußerung der 1936 in Brünn geborenen Alena Wagnerova. Auf sie wirkten Kafkas Bücher wie „Früchte vom Baum der Erkenntnis“. Sie bekannte: „Mein Denkgelände brach in sich zusammen. Was ich da las, war genau die Situation in der wir lebten, die aber noch niemand benannt oder beschrieben hatte... Die Verhaftung, wie sie am Anfang

von Kafkas „Prozeß“ geschieht, das war die Realität in den fünfziger Jahren.“ Ähnlich wurde Kafka in der Sowjetunion verstanden. Trotz des sogenannten Tauwetters nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 konnte er nur im Untergrund verbreitet werden. Das geschah 1961 auch mit einer maschinenschriftlichen Fassung von „Der Prozeß“, in der aber die Nennung des Autors unterblieben war. Die Leser hielten die Schrift für eine verschleierte Schilderung der stalinistischen Terrorjahre, deren Verfasser ein Sowjetrusse sein müsse, denn nur ein solcher hätte die Einzelheiten so wirklichkeitsnah beschreiben können!

Unter diesen Umständen musste die Veranstaltung ausgerechnet eines Kafka-Kongresses in Böhmen eine Signalwirkung haben. Der Name Kafka war damals ohne Zweifel eine Chiffre für die politische Neuorientierung. Böse Zungen behaupten allerdings, dass der Kongress eine Maßnahme der Machthaber zur „Unfallverhütung“ gewesen sei, denn die meisten der Teilnehmer waren Parteimitglieder. Man wollte, so muss man das verstehen, einen mehr und mehr um sich greifenden Prozess nicht ganz aus dem Ruder laufen lassen.

### **Nach der Wende**

Natürlich wurde es um Kafka nach dem Ende des Prager Frühlings wieder still. Nach der Wende wurde 1990 aber die Kafka-Gesellschaft gegründet und 1991 im Geburtshaus des Dichters ein Kafka-Museum eingerichtet. Anlässlich des 125. Geburtsjahres Kafkas (2008) entschloss man sich im Herbst 2008 sogar zu einer Neuauflage des legendären Kafka-Kongresses von 1963, wieder auf Schloss Liblice. Beteiligt waren etwa zwei Dutzend Historiker und Literaturwissenschaftler. Dabei ging es auch um die Frage, ob der Kongress des Jahres 1963 der Auftakt für den Prager Frühling gewesen sei. Die Zeitgeschichtler stellten fest, dass es sich bei dieser These mehr um einen Mythos handle. Der Kongress sei eher ein Indiz für die bereits eingeleitete Liberalisierung gewesen, oder, wie es ein Teilnehmer ausdrückte, er war eine „erste Schwalbe eines neuen Frühlings“. Für Leser in Tschechien wird aber bleiben, dass sie Kafka immer vor dem Hintergrund der ersten Kafka-Konferenz in Liblice lesen werden. (F.V.).

**Franz Kafka** war assimilierter „Westjude“ mit deutscher Muttersprache und guten Tschechischkenntnissen. Bei Ausbruch des 1. Weltkrieges meldete er sich zum Militär, doch seine Versicherungsanstalt gab ihn nicht frei. Später investierte er eine höhere Summe in Kriessanleihen. Obwohl kein Zionist, hatte er wegen des in Prag verbreiteten Antisemitismus Verständnis für Auswanderungspläne anderer (Wikiped.).

## **Deutsch als Minderheitensprache anerkannt**

### **Durchbruch oder Abgesang?**

In der EU gilt seit 1998 die Charta der Regional- und Minderheitensprachen. Die Tschechische Republik hat sie 2007 anerkannt, allerdings nur für Polnisch und Slowakisch. Die dort noch ansässigen rund 25.000 Deutschen wurden ignoriert. Nach fünfjähriger zielstrebigem Lobbyarbeit gelang es jetzt dem „Landesverband der Deutschen in der ČR“ unter Leitung des Philologen Martin Dzingel, den Schutz auf die deutsche Sprache auszudehnen. Berücksichtigt wurden aber nur acht Landkreise, und zwar: Eger, Karlsbad, Falkenau, Reichenberg, Aussig, Krummau, Troppau und Zwittau. In diesen Gebieten haben Deutsche nun Anspruch auf den Gebrauch ihrer Muttersprache vor Gericht und bei Behörden und darauf, sie in den öffentlichen Schulen zu lernen. Merkwürdig daran ist, dass die SL bisher keine Notiz davon nahm.

### **Nachdenklicher Rückblick**

Bei aller Genugtuung über dieses Ergebnis darf man nicht vergessen, welchen Absturz es für die deutsche Sprache in Böhmen sichtbar macht. Das Althochdeutsche hatte sich im 6./7. Jahrhundert nach der zweiten Lautverschiebung aus dem Gotischen entwickelt und wurde auch von den in Böhmen lebenden Nachfahren der Markomannen, Quaden und Langobarden gesprochen. Bei der Einführung des ersten Bischofs Prags sang man 975 „Christe gnade,

und die Heiligen helfen uns“. Um 1400 löste in den kaiserlichen Kanzleien Deutsch mehr und mehr das Latein der Stauer ab. In dieser mitteldeutschen Ausprägung verbreitete es sich bald als **Gemeinsprache der ganzen deutschen Nation!**

In ihr verfasste Johannes von Saaz den „Ackermann aus Böhmen“, das wichtigste literarische Kunstwerk dieser Zeit in deutscher Sprache. Den Schluss- und Höhepunkt deutscher Sprachkunst setzten im 20. Jahrhundert die Prager R.M. Rilke und F. Kafka.

### Unterdrückung

Der Nationalitätenkampf in der neuen ČSR begann schon vor dem Ableben Kafkas und war vor allem ein Kampf gegen die deutsche Sprache. Selbst in den Hausfluren von Privathäusern wurden 1918 deutsche Inschriften demoliert, und wer des Tschechischen unkundig war und auf Ämtern deutsch sprach musste mit Rauswurf und Verfolgung rechnen, wie es der Großmutter des Verfassers 1919 in Pilsen passierte. Emanuel

Radl, ein tschechischer Professor, war einer der wenigen, die diesen Irrsinn anprangerten (Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen, 1924/1928, S.180). Er erinnerte seine Landsleute daran, dass es „*das Fensterchen der deutschen Sprache ist, durch das sie überhaupt in die Welt blickten*“. Radl amüsierte sich ferner über die Hinweisschilder der tschechische Eisenbahn, auf denen die deutsche Version immer erst an fünfter Stelle nach tschechisch, französisch, italienisch und englisch stand, obwohl Deutsch die zweite Landessprache war und unter den ausländischen Fahrgästen die Reichsdeutschen überwogen.

### Die Endlösung 1945

Mit der Vertreibung von mehr als drei Millionen Sudetendeutschen konnte der Kampf gegen die ungeliebte Sprache abgeschlossen werden. Die jetzt gemachten Konzessionen wirken daher eher wie die Sterbehilfe für eine einst wirtschaftlich und kulturell tonangebende Volksgruppe Böhmens. Sie sind (passend zum Bild der Sterbehilfe) wahrscheinlich nur der letzte Akt des an den Sudetendeutschen begangenen Völkermordes. (F.V.)

### Wie man im alten Prag sprach

L. Ritter von Pribram berichtet in seinem Buch „Erinnerungen eines alten Österreichers“ (Sttgt.-Lpz. 1910):

In Prag wurde 1850 im Collegium Clementinum „Böhmisch“ (=Tschechisch) als Unterrichtssprache eingeführt. Die Hälfte der Schüler wechselte daraufhin zum Neustädter Gymnasium oder nach Wien bzw. nach Dresden. Dieser Exodus schadete der deutschen Sache, denn dadurch wurde am Coll. Clementinum das „Böhmische“ zur Umgangssprache. Das Deutsche war sogar verpönt, und es gab unter den Schülern Rippenstöße und Prügel für ihren Gebrauch. Deutsche Literatur stand nur am Lehrplan. Goethe war unbekannt. Man memorierte viel, besonders tschechische Texte, die aber „armselig“ waren. (S. 24).

Bei alledem war die nationale Spaltung in jenen Tagen, d.h. in den fünfziger Jahren, an der Oberfläche noch nicht sichtbar. Nach wie vor blieb das Deutsche die Umgangssprache der besseren und gebildeten Klassen, der Kaufmannschaft und der Beamtenwelt. Zumal das weibliche Geschlecht hielt sich ans Deutsche, und wenn wir jungen Leute bei geselligen Vereinigungen, Tanzstunden u. dgl. ein Fräulein tschechisch ansprachen, so rümpfte die Angeredete das Näschen und tat beleidigt, denn tschechisch sprach man nur mit Dienstmädchen.“ (S. 29).



Der Ackermann aus Böhmen  
(Handschrift um 1470)

### Das Wort des Vorsitzenden

*Liebe Kameradinnen und Kameraden!*

In wenigen Tagen findet in Augsburg der 74. Sudetendeutsche Tag (ST) statt. Bei den früheren STs waren die Veranstaltungen des Witikobundes stets die am besten besuchten. Sie füllten immer die größten Veranstaltungssäle. Inzwischen gelang es der SL-Leitung, unseren Bund und damit dessen Veranstaltungen mit bürokratischen Mitteln vom ST fernzuhalten. Jeder Sudetendeutsche Tag der letzten Jahre war daher eine Niederlage der Demokratie. Über die Köpfe der Mitglieder hinweg wurde auch die Satzung geändert. Anders als behauptet



F. Vogt Gruber

wird, versteht man diese Änderung „draußen“ als Restitutions- und Heimatverzicht. Das ist keine böswillige Unterstellung des Witikobundes, sondern die allgemeine, sogar im Internet nachprüfbare Überzeugung. Und das Schlimmste daran ist, dass die SL dieser Auslegung nicht widerspricht. Das aber ist eine Absage an Recht, Gerechtigkeit, Wahrheit, Anstand, Menschenwürde und ein Mangel an Respekt vor den Opfern meist brutalster Gewalt gegen unsere Vorfahren.

Meine persönliche Antwort darauf war und ist die Mitgliedschaft im Witikobund. Es wäre schön, wenn das auch für andere die „Antwort auf die Vertreibung“ sein könnte!

Auf ein freundschaftliches Wiedersehen in Augsburg hofft

Euer *Felix Vogt Gruber*

### SLÖ-Ehrenobmann Gerhard Zeihsel verstorben

Am 12. April 2024 verstarb in Wien unser langjähriges Mitglied, Gerhard Zeihsel, im 85. Lebensjahr. Zeihsel wurde in Wien geboren, seine Eltern kamen aber aus Südmähren, wo sie bei Kriegsende auch lebten. Daher besuchte Gerhard bis 1947 auch die tschechische Schule in Damitz (Damice). Da die Familie aber schon die österreichische Staatsbürgerschaft besaß, wurde sie nicht vertrieben, sondern konnte nach Wien übersiedeln. Dort ging Gerhard weiter zur Schule und schloss mit dem Examen der Chemiefachschule ab. Danach war er 42 Jahre lang bei der Firma Unilever tätig. Schon 1956 trat er in die Sudetendeutsche Jugend ein. Später bekleidete er in der SLÖ die Ämter des Bundespressesprechers und des Bundesobmann-Stellvertreters. Nach dem Ableben Carsten Eders trat er im September 2000 dessen Nachfolge als SLÖ-Bundesobmann an. Zu den Ämtern in der Landsmannschaft kamen noch solche in der FPÖ, die er für 14 Jahre im Bezirksrat Wien-Simmering, für 9 Jahre im Landtag und für mehrere Jahre im Gemeinderat der Stadt Wien vertrat. Nach dem Rücktritt vom Amt des SL-Bundesvorsitzenden im Jahre 2020 widmete sich Zeihsel verstärkt der Pressearbeit im *Sudetendeutschen Pressedienst (SdP)* und bei der *Sudetenpost*. Auf diese Weise sorgte er dafür, dass das an den sudetendeutschen Heimatvertriebenen begangene Unrecht nicht in Vergessenheit gerät und dass die nach wie vor **offenen Fragen der Entschädigung** immer wieder mit entsprechendem Nachdruck thematisiert wurden. Mitglied des Witikobundes war Gerhard Zeihsel seit dem Jahre 2000. Der Witikobund dankt ihm für seine Treue und wird sein Andenken in hohen Ehren halten.



Gerh. Zeihsel (†)

### **Unsensible Störung beim Märzgedenken 2024 in Kaaden**

Von den 54 Toten des 4. März 1919 starben alleine 25 in Kaaden. So ergab es sich, dass sich die Sudetendeutschen jährlich am dortigen Reihengrab zu einer zentralen Gedenkfeier einfinden. Das war auch am Samstag, dem 9. März 2024, der Fall. Eingeladen hatte der Vorsitzende des Heimatkreises Kaaden-Duppau, Edwin Grund. Anwesend waren der Bürgermeister der Stadt Kaaden (Kadan), der Sprecher der Bundes-SL, der Vorsitzende des Witikobundes e.V. und Vertreter des Sudetendeutschen Landesverbandes Bayern e.V., des Sudetendeutschen Landesverbandes Sachsen e.V. und der Bundestagsfraktion der AfD. Nach einer längeren Begrüßung durch den Einladenden sprachen Herr Losenicky, Bürgermeister von Kadan, Herr Posselt (SL) und Herr Hörrmann vom Sudetendeutschen Landesverband Sachsen.



*Unsere Blumenschale in Kaaden*

Bewusst vermieden es Edwin Grund und Claus Hörrmann, die Namen der anwesenden Gruppierungen zu nennen, um jeden Verdacht, die Gedenkfeier für sich zu vereinnahmen, auszuschließen. Das hat Herr Posselt offenbar nicht begriffen und störte Hörrmanns Rede durch mehrere Zwischenrufe. Zu unserer Trauerkultur gehört aber, politisches Gezänk über den Gräbern von Toten zu unterlassen.

Herrn Posselts Verärgerung kann man allerdings nachempfinden. Die Gedenkfeier von Kaaden hat den Alleinvertretungsanspruch der SL überdeutlich widerlegt, denn anders als am Sudetendeutschen Tag konnten dort die Alternativen zur SL nicht einfach ausgesperrt werden. Offen bleibt leider auch die Frage, warum die SPD, deren sudetendeutscher Zweig 1919 zu der März-Demonstration eingeladen hatte, nicht vertreten war.

### **Die Veranstaltungen der SL**

#### **Die Bundesversammlung**

Vom 12.-14. April 2024 fand die diesjährige Bundesversammlung (BV) der SL statt. Beschlossen wurden „jeweils mit großer Mehrheit“ die Heimatordnung, die Gebietsgliederungsordnung und die Wahlordnung. Näheres ist dazu bisher nicht bekannt. Besonders nötig wäre eine Demokratisierung der Wahlordnung, doch es ist unwahrscheinlich, dass sich am Listenwirrwarr, an den Mindeststimmzahlen und an den Kooptionen etwas geändert hat. Gast der BV war die tschechische Generalkonsulin Ivana Červenková. Wie von ČR-Seite gewohnt, betonte sie nur das gute Verhältnis der ČR zu Bayern und Deutschland, nicht zu den Sudetendeutschen. Diese benötigt man nur, um Normalität vorzuspiegeln. An die falsche Adresse richtete die Versammlungspräsidentin, Christa Naaß, ihren Aufruf zur Verteidigung der Demokratie. Nachhilfe in Demokratie benötigen aber eher jene, die 2021 die SL-Satzung an der Basis vorbei geändert haben oder jene, die 1918 und 1938 im Sudetenland eine demokratische Volksabstimmung hintertrieben haben!



#### **Der 74. Sudetendeutsche Tag (ST) in Augsburg**

Das SL-Motto des ST am 18./19. Mai lautet: „...miteinander für Europa“. Es soll wieder unsere Sinne vernebeln, denn was kann uns ein Europa bieten, in dem so viele Mitglieder in die Unterdrückung von Minderheiten verstrickt sind (Basken, Südtirol, Elsaß usw.)? Der Witikobund wählt als eigenes Motto „Recht und Wahrheit“ und wird in Augsburg zugegen sein.

## Ohne Deutsche

### Erneut werden Vertriebenen eliminiert

Es geht Schritt für Schritt. Im Vorjahr wurde die Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) von der dazugehörigen Volksgruppe entkoppelt, d.h. die SL verurteilt Vertreibungen jetzt nur noch „weltweit“. Im September 2023 geschah etwas Vergleichbare mit dem 1989 in Oldenburg gegründeten „*Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*“ (BKGE). In seinem Namen fehlen künftig die Worte „der Deutschen“. Das ist aber der Weg, um die Erinnerung an die deutschen Siedlungsgebiete jenseits der Oder zu beseitigen. Bald wird es im Osten Deutschlands so sein wie an dessen Westgrenze, wo schon lange niemand mehr weiß, dass Frankreich zu einem Viertel (oder mehr?) aus einst deutschem Siedlungsgebiet besteht.

Mit dieser „Entschlackungskur“ untergräbt man auch den Paragraphen 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVG), denn beide gehören zusammen. Das BKGE wurde 1989 eigens gegründet, um dem § 96 Leben einzuhauchen. Nachdem die SPD schon 1994 (vergebens) versucht hatte, diesen abzuschaffen, greift man jetzt zu subtileren Mitteln. Lobend ist allerdings Bayern hervorzuheben, dem wir immerhin die Verankerung des § 96 im Einigungsvertrag mit der DDR verdanken.

Verantwortlich für die erwähnte Umbenennung ist Claudia Roth, der als Staatssekretärin im Kanzleramt auch das Oldenburger Institut untersteht. In einem Rahmenkonzept von 43 Seiten schreibt sie: „*Ein zeitgemäßes Erinnerungskonzept muss .... die Verschiedenheit individueller und kollektiver Erinnerungen .... gerade in einer **Einwanderungsgesellschaft** wertschätzen*“. Hier wird leichtfertig wieder Vertreibung mit Einwanderung gleichgesetzt und an der „*Transformation unseres Landes*“ gearbeitet (PAZ, 19.4.24), was auch nicht überrascht, denn 2015 sah man Frau Roth auf einer Demonstration hinter einem Spruchband mit dem Text „*Deutschland, du mieses Stück Sch...*“.

Zu den Kritikern Frau Roths gehört auch das „*Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa*“. Es befürchtet Konkurrenz, da man unter fast gleichem Namen auch schon auf diesem Gebiet tätig sei.

Bald dürfte somit die „Zweite Vertreibung“ abgeschlossen sein. Es ist die Vertreibung aus der Geschichte. Sie setzte ein mit den Denkschriften der Kirchen, der Ostpolitik Brandts und dem Umschreiben der Schulbücher. Im Protestiert haben auch BdV und CDU/ CSU.

Beide sitzen aber selbst im Glashaus. Der BdV hat unter der Ägide von Frau Steinbach seine Satzung schon vor Jahren im Rothschen Sinne entkernt und die CDU muss sich das unter ihrer Ägide entstandene Dokumentationszentrum Flucht-Vertreibung-Versöhnung vorhalten lassen. Was die CSU angeht, ist ihr Hauptfehler, sich auf die Seite Bernd Posselts gestellt zu haben. Mitverantwortung an der gegenwärtigen Lage tragen aber auch SPD und FDP, die mit der Ampelkoalition eine Claudia Roth erst in ihr jetziges Amt brachten. Unter diesen Prämissen wird es im Jahre 2049 wohl keine 325-Jahrfeier für Immanuel Kant mehr geben.



Eine Vorgabe zur deutschen Kulturpolitik?



## **Angriff auf die Demokratie?**

### **Eine Vorgeschichte**

Seit den ersten Wochen dieses Jahres (2024) finden in Deutschland immer wieder Demonstrationen zur „Verteidigung der Demokratie“ statt. Demokratie ist aber ein Wort, bei dem sehr viele Sudetendeutsche genau hinhören, denn als sie nach dem 1. Weltkrieg erstmals mit dieser Regierungsform in Berührung kamen, begann für sie das Unglück. Die Sieger-Demokratien lieferten sie den tschechischen „Musterdemokraten“ aus, von denen sie dann auf unvorstellbare Weise national diskriminiert wurden. Als der „Demokrat“ Benesch 1945 zur genozidalen Vertreibung schritt, ließen das seine Demokratie-Freunde wieder ungerührt geschehen. Viele Demokraten hätten daher gerade an den Sudetendeutschen vieles gut zu machen. Das gilt auch für jene Demokraten, die 2004 der EU-Aufnahme der Vertreiberstaaten zustimmten.

### **Die wirklichen Gefahren**

Gerade Sudetendeutsche wissen somit, dass sich auch Demokratien selbst in Verruf bringen können. Daher war es vom Sudetendeutsche Rat etwas unbedacht, sich am 13. Januar 2024 blind der momentanen Kampagne zur „Verteidigung der Demokratie“ anzuschließen.

Im Übrigen steckt die Demokratie weltweit in der Krise, nicht nur in Deutschland. Das zeigt alleine schon ein Blick auf die vielen demokratietheoretischen wissenschaftlichen Arbeiten, die z.T. sogar an der Zukunftstauglichkeit der heutigen demokratischen Praxis überhaupt zweifeln! Man spricht dabei von „Demokratiedämmerung“ und von „Devolution“, was, grob gesagt, Rückentwicklung der Demokratie oder gar ihr Dahinsiechen meint.

All das ist sehr gut nachzulesen bei Veith Selk, „Demokratiedämmerung“, Suhrkamp 2023.

### **Unterstellungen und Versäumnisse**

Es ist eher undemokratisch, eine Demokratie durch Verbot der Opposition retten zu wollen. Geradezu absurd ist es, der Opposition Demokratiefeindlichkeit zu unterstellen, nur weil sie in Einzelfragen anderer Meinung ist. Man muss vielmehr nach Lösungen suchen, die einfach zu erreichen sind. Hier einige Vorschläge!:

Zunächst ist klar, dass der Träger aller Grundrechte alleine der Bürger ist. Er muss den Staat nicht fragen, was er tun darf. Im Gegenteil, er ist es, der den Staatsdienern per Grundgesetz mitteilt, wie weit sie gehen dürfen. Das wiederum muss gesetzlich geregelt sein. Hier aber beginnt die Selbstgefährdung, denn die Gesetze müssen auch beachtet werden.

Beispiel Nr. 1: In Deutschland kam es 1992/93 zum Asylkompromiss (Art. 16a, GG), der Einreisenden aus sicheren Drittländern das Asyl verwehrt. Diese Bestimmung wird aber ignoriert (und zwar nicht erst seit der Grenzöffnung 2015/16)! Beispiel Nr. 2: Nach Art. 33,2 GG kommt es bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst alleine auf „Eignung, Befähigung und fachliche Leistung“ an. Frauen- und Migrantquoten sind dem GG unbekannt.

Missachtung von Gesetzen rächt sich. Oder ist die kürzlich in Hamburg erhobene Forderung nach einem islamistischen Kalifat keine Gefahr für die Demokratie?

### **Mangelhafte Gewaltentrennung**

Staatsversagen soll vor allem durch die Gewaltentrennung verhindert werden. Diese wird heute aber oft durch die Allgegenwart der Parteien ad absurdum geführt. Daher wieder ein Hinweis auf das GG, hier auf Art. 21, der nur eine „**Mitwirkung**“ an der politischen Willensbildung des Volkes vorsieht. Systemwidrig sind auch einige institutionelle Fossilien. So gibt es bei uns noch: a) das Weisungsrecht der Exekutive (Justizminister) an die Judikative (Staatsanwälte), das vor fünf Jahren sogar vom europäischen Gerichtshof gerügt wurde, b) die Wahl der Höchststrichter (Judikative) durch die Legislative und c) Überschneidung von Exekutive und Legislative vor allem wegen der Allgegenwart der Parteien, aber auch personell.

### **Parteien im Wahlkampf**

Wahlkämpfe können sich nur die etablierten Parteien leisten. Das ist über Art. 21 und das

Parteienfinanzierungsgesetz auch halbwegs gut geregelt. Schwierig wird es aber, wenn sich in die „Willensbildung des Volkes“ auch **vom Staat finanzierte** Stiftungen oder Vereine einschalten, denn davon weiß das GG nichts. Noch problematischer wird es, wenn nur regierungs- und parteinahe Vorfeldorganisationen in den Genuss von Gratifikationen kommen und andere, wie etwa die der AfD nahestehende Erasmusstiftung, leer ausgehen.

Die Nutzenanwendung daraus: Der Staat muss parteipolitisch neutral sein. Wettbewerbsverzerrungen der genannten Art untergraben den Grundgedanken der Demokratie, nämlich die Möglichkeit des Machtwechsels. Und dabei kann es keine „falschen Mehrheiten“ geben, denn der Maßstab in einer Demokratie ist nun einmal ein rein quantitativer. Über Qualitäten entscheidet alleine der Wähler, und sonstige Absicherungen gegen unethische Machteroberung gehören ins Grundgesetz. Das sind Eckpunkte, die aber nirgends artikuliert werden, am wenigstens bei den jüngsten Straßenaufmärschen.

### **Von der Hassrede zur Cancel-Cultur**

Zur Demokratie gehört das Ringen um beste Lösungen. Das wiederum setzt freien Gedankenaustausch voraus, der bisweilen bissig, höhnisch und scharf sein darf. Kronzeuge dafür ist Voltaire. Manche „Superdemokraten“ fürchten aber Gegenargumente und diffamieren sie als „Hassrede“. Und wenn das nicht reicht, schreien sie zur „Cancel-Culture“. Da hatte es Martin Luther 1529 deutlich besser, als er in Marburg ein Streitgespräch mit Zwingli führen konnte. Damals wirkte noch die Disputationskultur des scholastischen Mittelalters nach, die auch eine Technik der Wahrheitsfindung war!

Besonders „schicke“ (woke?) Begriffe sind heute auch „Delegitimierung“ und „Destabilisierung“. Damit wird jede Kritik am Regierungshandeln in die Nähe der Staatsgefährdung gerückt und führt schnell zu

einem geheimdienstlichen „Overkill“. Hier muss man Herrn Haldewang daran erinnern, dass der Grundsatz der Meinungsfreiheit gerade aus dem Schutzbedürfnis der Machtkritik erwuchs. Nötig ist daher weitgehende Zurückhaltung, zumal Deutschland hier ohnehin eine unrühmliche Sonderrolle einnimmt. Einen Verfassungsschutz wie den deutschen gibt es in keiner anderen westlichen Demokratie. Oder kann man sich vorstellen, dass Frau Meloni oder Frau Le Pen beschattet werden? Nur Herr Mielke (DDR) hätte seine Freude daran gehabt.

### **Rätselhaftes Feindbild**

Art. 20,4 GG ermächtigt zum Widerstand gegen Angriffe auf die demokratische Grundordnung. Die heutige Opposition stellt diese Grundordnung aber keineswegs in Frage, sondern fordert sie im Gegenteil eher ein, damit demokratische Prozesse nicht ihren Sinn verlieren (oder schon haben). Es genügt daher nicht, einfach „die Demokratie“ verteidigen zu wollen. Nötig sind vielmehr konkrete auf das Grundgesetz bezogene Schritte. Da dies bei den Demonstrationen im Vagen bleibt, muss man annehmen, diesen ginge es nur um die „Verteidigung der gegenwärtigen Regierung“. Churchills sarkastisches Urteil über die Demokratie ist bekannt. Dahinter darf man sich aber nicht verstecken, sondern es als Aufforderung verstehen, es besser zu machen. Ansatzpunkte dafür: Siehe oben!

Ganz zum Schluss noch eine Anmerkung zum deutschen „Demos“ (griech. Volk) selbst: Seine gegenwärtige moralische Verfassung ist trostlos. Das zeigen die „cum und ex- Prozesse“ gegen rd. 1.800 (!) Personen aus den „besten“ Kreisen und das zeigen die unzähligen Strafverfahren gegen Corona-Beihilfen-Betrüger (Spiegel, 28.3.24). Dazu passt die neue Rekordzahl von 6 Mio. Straftaten für 2023 (Videotext, ARD, 6.4.24)! Ist dieser Demos überhaupt qualifiziert, Macht zu vergeben? All das sollte gewisse Leute etwas bescheidener machen. (F.V.)



Luther im Vorteil

### **Rivalitäten zwischen ZFI und IfZ**

Das Institut für Zeitgeschichte in München (IfZ) gibt die „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte“ (VjH) heraus, deren Januar-Folge 2024 eine 75 Seiten lange Abhandlung über die Zeitgeschichtliche Forschungsstätte Ingolstadt (ZFI) enthielt. Sie wurde von Moritz Fischer und Thomas Schlemmer verfasst und beruht auf den Akten des IfZ (München) und des Bundesarchivs Koblenz.

Die ZFI ist ein privater Geschichtsverein, der 1982 zwecks „unbefangener Klärung strittiger historischer Fragen“ gegründet wurde. Zweifelsfrei stand hinter dieser Neugründung eine gewisse Unzufriedenheit mit dem IfZ (München), was sich auch in der etwas provokativen Namenswahl zeigte, denn ZFI ist nur die invertierte Form von IfZ. Für die Vertriebenen ist die ZFI von besonderem Interesse, weil für ihren langjährigen Leiter, den Aussiger Dr. Alfred Schickel (1933-2015), die Vertreibung aus Böhmen auch zu den „strittigen Fragen“ zählte.

#### **Der zeitgeschichtliche Rahmen**

Die Arbeit der ZFI ist besser zu verstehen, wenn man sich den zeitgeschichtlichen Rahmen vergegenwärtigt. Das IfZ (München) wurde 1949 zwecks Aufarbeitung der NS-Zeit ins Leben gerufen. Wahrscheinlich ging es „der Politik“ dabei vor allem um die Auslagerung heikler historischer Fragen. Die ZFI hat das sicherlich auch so gesehen, war mit den Ergebnissen aber nicht zufrieden. Alleine die Mängel in der gängigen Darstellung sudetendeutscher Probleme mussten den Tatendrang jedes Historikers wecken. 1969 kam die neue Ostpolitik der SPD hinzu, die nach Meinung vieler nur wegen der mangelhaften Geschichtskennntnisse der Wähler möglich war. Die Regierung Brandt/Scheel schritt 1974 sogar zur offenen Unterdrückung geschichtlichen Wissens, als sie die Auslieferung der vom Bundesarchiv erstellten Dokumentation „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen“ unterband. Dieses und vieles mehr dürfte in Ingolstadt den Wunsch nach „unbefangener“ historischer Forschung beflügelt haben,



Dr. Alfred Schickel

#### **Die ZFI wird aktiv**

Zu den ersten Veröffentlichungen der ZFI gehörte eine filigrane Arbeit Dr. Schickels zum Münchner Abkommen, dann folgten Anfragen an das IfZ (München) zu Gefangenenlagern polnischer Offiziere in Deutschland oder zur Zahl sudetendeutscher Häftlinge im KZ Dachau. Meist stellte sich heraus, dass dem IfZ (München) manches Hintergrund- und Detailwissen fehlte und man oft nur den Trampelpfad der in den Großmedien verbreiteten Meinungen folgte. Richtig peinlich für das IfZ (München) war, was die ZFI-Forscher aus den „National Archives“ in Washington berichteten. Deren Beamte wunderten sich, wie selten deutsche Forscher die bei ihnen vorhandenen umfangreichen Bestände nutzten. So befanden sich dort wohlbehütet die Zugangs- und Sterbebücher des KZ Dachau, was weder der Dachauer KZ-Gedenkstätte noch dem Suchdienst in Arolsen bekannt war.

#### **Das Imperium schlägt zurück**

Der ZFI trieb das IfZ (München) zeitweilig sozusagen vor sich her. Dr. Schickel wurde von vielen Zeitungen gedruckt, auch von der FAZ, für die er vor allem politische Bücher besprach. Hoffnungsvoll stimmte auch der Entschluss des Herbig-Verlages, eine Buchreihe nur für die ZFI herauszubringen. Die Verantwortlichen des IfZ (München) und des Bundesarchivs sannan daher auf „Abhilfe“, was aber weniger mit den edlen Waffen der Wissenschaft geschah. Vielmehr nahm man Zuflucht zur „patzigen Auskunftsverweigerung“ (VjH. S.139) und scheute sich auch nicht vor Einflussnahme hinter den Kulissen. Im Ergebnis beendeten FAZ und die Fernsehsender die Zusammenarbeit mit Dr. Schickel. Sachliche Argumente sucht man dabei vergebens. Das gilt auch für den hier zugrunde liegenden VjH-Artikel, denn deren Autoren sprechen nur von „unwissenschaftlicher“ und „unmethodischer“ Arbeit, verraten aber

nicht, was sie darunter verstehen. Für den promovierten Historiker Dr. Schickel dürften zählbare Ergebnisse wichtiger gewesen sein als jeder Methodenkult.

### **Die ZFI heute**

Im Jahre 2015 verstarb der langjährige Vorsitzende und Leiter der ZFI, Dr. Schickel, aber die Arbeit geht weiter, auch weil immer mehr „Geheimakten“ aus den Siegerarchiven freigegeben werden. Aus sudetendeutscher Sicht sollte die ZFI die Bemühungen Dr. Schickels um das Münchner Abkommen fortsetzen, denn die Sudetendeutschen hatten 1938 aufgrund des Artikels 19 im Vertrag von St. Germain *einen Anspruch* auf dessen Revision. Dieser Vertrag trägt die Unterschriften von Benesch und Kramars, und es kann kein Verbrechen sein, sich darauf zu berufen! (F.V.)

### **Erbarungsloser Umgang mit den Slowaken**

*Seit dem 1. Januar 1993 ist die Slowakei ein selbständiger Staat. Der Weg dahin war steinig. Lange hin- und hergestoßen zwischen Ungarn und Habsburg bot sich dem Land nach dem Ende des 1. Weltkrieges erstmals der Weg in die Selbständigkeit. Da tauchte aber am 31. Mai 1918 Thomas G. Masaryk bei den Auslands Slowaken in Pittsburg auf und schloß mit ihnen einen Vertrag über den gemeinsamen Kampf um die Unabhängigkeit.*

### **Der Betrug an den Slowaken**

Zum Sündenregister tschechischer Politik gehört auch der Betrug an den Slowaken bei der Staatsgründung im Jahre 1918. Ausführlich hat darüber *Gottfried Zarnow* in seinem Buch „Masaryk - Benesch“ (Berlin 1939, 236 Seiten) geschrieben. Die folgenden Zeilen stützen sich auf dieses Werk, können allerdings nur das Wichtigste wiedergeben.

Die Tschechen verfügten in Österreich seit dem Jahre 1879 über große politische Bewegungsfreiheit, die Slowaken hatten in Ungarn hingegen nur geringen Einfluss. Das veranlasste sehr viele Slowaken zur Auswanderung, besonders nach Amerika, wo sie in Wirtschaft und Kultur zu Ansehen gelangten. Bei Ausbruch des 1. Weltkrieges erkannten sie die Möglichkeit, von den Ungarn unabhängig zu werden und versandten an alle zivilisierten Völker der Welt ein diesbezügliches Memorandum. Die Tschechen rührten sich erst 1915, weshalb Masaryks Behauptung nicht stimmt, erst er hätte die Slowaken in der Welt bekanntgemacht (S.105).

### **Erste Enttäuschungen**

Am 22. Oktober 1915 versammelten sich in Cleveland (Ohio) auf Wunsch der Tschechen Vertreter beider Volksgruppen und unterzeichneten den Clevelander Vertrag. Die Slowaken beschlossen aber schon im Februar 1916, direkte Kontakte zu den Regierungen in London, Paris und Petersburg aufzunehmen, da sie sich von den Tschechen nicht als gleichwertige Partner behandelt fühlten. Mit der Reise in diese Städte wurde der junge Rechtsanwalt Dr. Stefan Osusky beauftragt. Seine erste Station war Paris, wo ihn Masaryk überredete, sein Sekretär zu werden und von der Ausführung seines Auftrages abzusehen. Das Sekretärsgehalt bezog Osusky weiter von den Slowaken, die diesen Vertrauensbruch nicht gleich durchschauten. Es floss aus einem Guthaben, das teilweise unter großen Opfern angespart worden war. So war es üblich, Fastentage einzulegen, um das dabei erübrigte Geld der slowakischen Kasse zuzuführen. Unbeeindruckt davon erwirkten die Tschechen bald darauf sogar eine gerichtliche Sperre des Slowakenkontos für rein slowakische Vorhaben, denn aus dem Clevelander Vertrag leiteten sie ab, dass das Geld nur noch für „tschechoslowakische“ Vorhaben verwendet werden dürfe (S.111).

### **Umstrittene Resolutionen**

Die slowakische Liga in Amerika trat in dieser Zeit für eine politische und kulturelle Befreiung der Slowaken **im Rahmen des ungarischen Staates** ein. Benesch aber bat am 12. Juli 1917 Dr. Schamal, einen Vertreter der „Maffia“ in Prag, brieflich, „die Slowaken mit uns zu

vereinigen, damit wir stärker gegen die Deutschen werden“. Daraufhin organisierte Dr. Schrobar, ein Vertreter der Maffia in Ungarn, für den **1. Mai 1918** in Liptau, St. Nikolaus, eine Demonstration. An dieser nahmen auffallend wenige Personen teil, zumeist 14 - 15-jährige Burschen und Mädchen der benachbarten Dörfer. Die bei der Kundgebung beschlossene Resolution war politisch unverfänglich und wurde von den aufsichtführenden ungarischen Beamten nicht beanstandet. Hinter deren Rücken hatte aber die Maffiotin Houdek schon am Tage zuvor eine zweite Version ins Ausland geschmuggelt und der Presse übergeben. In ihr war die Rede vom „Willen des slowakischen Volkes, von den Ungarn befreit und mit den Tschechen vereint zu werden“. Beigefügt war ein Bericht vom angeblich glänzenden Verlauf der Versammlung (S.116).

Als Masaryk am 5. Mai aus Rußland kommend in Chicago eintraf, fand er dieses „Dokument“ vor und konnte damit den letzten Widerstand der Alliierten gegen die Schaffung eines tschechisch-slowakischen Staates beseitigen. Nun musste er noch die Slowaken in Amerika auf seine Seite ziehen. Dies erreichte er am 30. Mai 1918 in Pittsburg.

Masaryk wurde an diesem Tage dort nicht nur von einer Menge von etwa 1000 Slowaken, sondern auch von bedeutenden amerikanischen Bürgern begrüßt. Den Slowaken versprach er völlige Selbständigkeit im neuen Staat, was auch im tags darauf unterzeichneten Vertrag festgehalten wurde (S.129). Mit diesem Vertrag überzeugte er am 19.6.1918 Präsident Wilson, alleiniger Vertreter der Tschechen und Slowaken zu sein. Später behauptete er, die Liptauer Erklärung hätte den Pittsburger Vertrag wertlos gemacht, so als hätte er am 30. Mai diese (zudem noch manipulierte) Resolution vom 1. Mai 1918 nicht schon längst gekannt!

Eine Gefahr für den Tschechoslowakismus drohte schließlich noch am 30. Oktober 1918, also zwei Tage nach der Staatsgründung. Der k.u.k. Außenminister Graf Julius Andrássy hatte die Slowakei am 27. Oktober in die nationale Selbständigkeit entlassen. Daraufhin lud der Vorsitzende der slowakischen Nationalpartei, Mate Dula, etwa 60 bis 70 Personen seines Bekanntenkreises für den 30. Oktober nach Turcan, St. Martin, ein. Sie verabschiedeten mit Stimmenmehrheit eine Resolution, die das Selbstbestimmungsrecht für die Slowaken, deren Beteiligung an der Friedenskonferenz und eine **Probezeit von zehn Jahren** für den gemeinsamen Staat verlangte. Als sich dieser Text am Abend schon in der Druckerei befand, drangen tschechophile Kräfte, angeführt von Dr. Hodza, dort ein und zwangen den Drucker, den ursprünglichen Wortlaut abzuändern. Dabei verwandelte sich das Selbstbestimmungsrecht der „slowakischen“ in das der „tschechoslowakischen“ Nation und aus der „Stimmenmehrheit“ wurde ein „einstimmiger Beschluss“ (S.183). Masaryk und Benesch bewerteten dieses „Dokument“ als nachträgliche Zustimmung des slowakischen Volkes zu dem in Prag ausgerufenen Einheitsstaat und als slowakischen Verzicht auf eine Volksabstimmung. Letztere fürchteten die Tschechen besonders, weil damit zweifelsfrei alle ihre Machtträume beendet gewesen wären.

Der Clou im Durcheinander der Resolutionen und Verträge war aber schließlich, dass niemandem auffiel, dass alle Unterzeichner des Pittsburger Vertrages bereits US-Bürger waren und als solche nicht befugt waren, für die Slowaken zu sprechen! Gültig war also alleine die Resolution von St. Martin vor der Verfälschung durch Dr. Hodza!.

### **Widerstand durch Pater Hlinka**

Gegen die Machtpolitik Prags waren die Proteste der amerikanischen Slowaken wirkungslos. Selbst als sie 1919 in Paris erschienen, eröffnete ihnen die tschechische Delegation, dass der Pittsburger Vertrag bedeutungslos sei. Die tschechischen Legionäre hatten im Februar 1919 begonnen, die Slowakei zu besetzen, und die Verwaltung war in tschechische Hände übergegangen. Man scheute sich nicht, Eingriffe in Schule und Kirche vorzunehmen und dem mehrheitlich katholischen Volk den Hus-Kult aufzuzwingen. Zur Absicherung dieser Maßnahmen

wurde die Presse zensiert. Die Slowakei war zu einer tschechischen Kolonie geworden. Damit konnte sich Pater Andreas Hlinka nicht abfinden. Er war Vorsitzender der 1913 gegründeten Slowakischen Volkspartei und hatte als Verfechter des slowakischen Standpunktes schon unter ungarischer Herrschaft 33 Monate Haft verbüßt. Jetzt schlug er sich trotz verhängter Reisebeschränkung nach Paris durch (via Polen), um die Welt auf das Unrecht an den Slowaken aufmerksam zu machen. Dr. Benesch erreichte bei der französischen Polizei aber sofort die Verhaftung und Abschiebung des für ihn lästigen Mahners. Die Slowaken wurden

wie die Sudetendeutschen auf der Friedenskonferenz nicht gehört (S. 201). Vier Tage nach Rückkehr in seine Heimatgemeinde Rosenberg wurde Andreas Hlinka in der Nacht zum 13. Oktober 1919 verhaftet. Dabei drangen seine Häscher nachts in das Pfarrhaus ein und überraschten den Geistlichen im Schlaf. Am selben Tag löste Minister Dr. Schrobar die Slowakische Volkspartei auf und verbot das Erscheinen der Parteizeitung „Slovak“. Hlinka sollte durch die Haft gehindert werden, am 29.2.1920 an der Sitzung der „Revolutionären Nationalversammlung“ teilzunehmen und dort die einstimmige Annahme der neuen tschechoslowakischen Verfassung zu stören. Auch sonst war man bemüht, das Bild von der Einheitsnation zu wahren. So wies man den Slowaken von den 270 Sitzen der „Revolutionären Nationalversammlung“ nicht 70 zu, wie es ihrer Bevölkerungszahl entsprochen hätte, sondern nur 54. Aber auch von diesen hatten die Tschechen vierzehn für sich selbst gesichert (einen davon für Masaryks Tochter Alice). Die Aufteilung der restlichen vierzig Sitze benachteiligte das eigentliche slowakische Volk weiter, denn obwohl es zu 80 Prozent katholisch war, gingen 30 Sitze an Protestanten und nur 10 an Katholiken. Deutsche, Polen, Ungarn und Ruthenen waren zum Revolutionsparlament überhaupt nicht zugelassen worden (Kalvoda, Genesis, S. 432).



Hlinka

Die Gefängnistore öffneten sich für Pater Hlinka erst wieder am 18. April 1920. Anklage gegen ihn wurde nicht erhoben (S. 208). Seine Freilassung war unumgänglich, weil er an diesem Tage trotz Einkerkelung ein Mandat für das Prager Parlament errungen hatte.

Im Parlament führte er mit seiner Slowakischen Volkspartei den Kampf um die Selbständigkeit fort. 1922 wandte man sich auch an den Völkerbund, was bei den Tschechen größte Enttäuschung hervorrief. 1925 stellte sich seine slowakische Volkspartei gegen verschiedene Gesetze, die die privilegierte Stellung der katholischen Kirche schwächen sollten. Die Slowaken honorierten dies bei der Wahl im November des gleichen Jahres und bescherten der Volkspartei einen großen Sieg. Mit gestärktem Selbstbewusstsein brachte der slowakische Senator Kovalik am 10. Dezember 1925 die Tschechen mit dem Hussitentum in Verbindung, was zu Tumulten und Tötlichkeiten im Parlament führte.

Wirbel gab es auch im Oktober 1933 bei der Beratung für ein neues Parteiengesetzes. Weil ihre Wortmeldungen unterdrückt worden waren, verließen die Slowaken unter Absingen ihrer Hymne protestierend den Saal. Zeitlich fiel dieses Ereignis mit der großen Wallfahrt in Neutra zur 1100-Jahrfeier der slowakischen Kirche zusammen, die zum Ärger der Tschechen unter Hlinkas Leitung zu einer machtvollen Kundgebung der Slowaken für ihre Selbständigkeit geriet. Zu den Rednern gehörte schon Dr. Tiso, dem rund 15.000 Slowaken, meist in ihrer Nationaltracht, zuhörten (Viator, S. 166 und Dorfbote, 29.10.1933).

Für die Tschechen war das keine schöne Zeit, denn Ende August 1932 hatten sich auch die Karpathenrussen mit ihren Autonomiewünschen zu Wort gemeldet.

### **Das Martyrium des Dr. Vojtech Tuka**

Unvorstellbares Unrecht begingen die Nationaltschechen an Prof. Dr. iur. Vojtec Tuka. Im Vertrauen auf seine Immunität als Abgeordneter wies er wiederholt auf die in der Resolution von St. Martin (30.10.1918) verankerte Probezeit von 10 Jahren hin. Der erste Versuch, ihn wegen angeblicher Spionage wegzusperrn, schlug fehl, weil die beiden gegen ihn aufgeborenen Zeugen angaben, durch Prügel zu ihren Aussagen gezwungen worden zu sein. Nach mehreren Wochen präsentierte der Staatsanwalt aber die Wienerin Christine Schramm als neue Zeugin. Sie gab an, Dr. Tuka hätte bei ihr ein Zimmer für seine Spionagetätigkeit gemietet.

Dr. Tuka wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der tschechische Geheimdienst zahlte für diese Aussage 50.000 Kronen und setzte eine monatliche Rente von 250 Schilling aus. Bald kam aber heraus, dass Frau Schramm nur die Rente bekommen hatte und das Bargeld in den Taschen des Geheimdienstlers und V-Mannes Oberst Soukup vom Prager Kriegsministerium verschwunden war (Viator, S.25 ff.). Dr. Tuka wurde nach neun Jahren (1937) begnadigt, lebte bis 1939 in Pilsen und wurde Stellvertreter von Ministerpräsident Dr. Tiso. 1945 fiel er den Tschechen wieder in die Hände und starb 1946 (wie Tiso) durch den Strang.



Dr. Vojtech Tuka

### **Die Slowaken erreichen ihr Ziel**

Nach langem Leidensweg haben die Slowaken ihr Ziel 1993 erreicht. Vorstufen zur Unabhängigkeit waren 1938, 1939 und 1968. Endgültig trennte sich die Slowakei vom Tschechenstaat am 31.12.1992. Die Geschichte hat die Unwahrhaftigkeit des Kunstgebildes Tschecho-Slowakei entlarvt. Freilich konnten die Tschechen der Staatsteilung im Jahre 1992 relativ unbesorgt zustimmen, denn seit 1946 gab es in ihrem Lande keine Deutschen mehr, die man mit Hilfe der Slowaken niederhalten müsste. Zur Ehre der Slowaken kann man aber sagen, dass sie ihre für die Deutschen so fatale Rolle nicht freiwillig gespielt haben (F.V.)

**Quellen:** Der Dorfbote, Wochenzeitung, Budweis, Jg.1933; Kalvoda, Josef, Genesis of Czechoslovakia; Zarnow, Gottfried, Masaryk - Benesch, Berlin 1938; Viator Secundus, Briefe an Masaryk

### **Der Streit der Tschechen mit Liechtenstein**

Der Witikobund verfolgt aufmerksam das Tauziehen Liechtensteins mit den Tschechen. Es geht bekanntlich um erhebliche Liegenschaften, die der tschechische Staat unter dem Vorwand, das fürstliche Haus Liechtenstein sei deutsch, 1945 beschlagnahmte. Für uns Sudentendeutsche ist daran besonders wichtig, dass vor aller Welt deutlich wird, wie die Tschechen nicht nur mit uns „über Kreuz liegen“, sondern auch mit anderen Gruppen und Staaten, beispielsweise bis 1992 mit den Slowaken und jetzt eben noch mit Liechtenstein.

Die auflagenstärkste Zeitung Liechtensteins nennt sich „Liechtensteiner Vaterland“. In ihrer Ausgabe vom 17. April 2024 berichtete sie von einer Tagung, deren Ziel ein besseres Geschichtsverständnis zwischen ČR und Liechtenstein war. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man, dass der frühere Kultusminister der Tschechen, Daniel Herman, seit 2021 Honorarkonsul Liechtensteins in der ČR ist und in dieser Funktion „sein Bestes geben“ wolle, dass



Hermann, Honorarkonsul Liechtensteins in der ČR

über den umstrittenen Schlössern wieder „die Liechtensteiner Flaggen wehen“ können. Immerhin geht es um Werte von über 400 Mio. Franken. Herman verwies auf ein Memorandum,

das die Einrichtung einer Historikerkommission vorsieht. Da liechtensteinische Adelsgeschlechter mit der Geschichte Böhmens seit 1247 auf das Engste verbunden sind, dürfte es für sie genug Stoff geben.

Schön wäre allerdings, dass das nicht nur ein Ablenkungsmanöver ist und dass sich durchsetzt, was der Verfassungsrichter Ulirsch vor Jahresfrist in seinem Sondergutachten forderte: Nach ihm müssten sich die Tschechen von der **Wahnvorstellung** lösen, die ČSR sei zwischen 1945 und 1948 ein demokratischer Rechtsstaat gewesen. Davon ausgehend müsste, ebenfalls nach Ansicht Ulirschs, Liechtenstein in allen Punkten seiner Klage Recht bekommen.

### **Ein Roman wider den Zeitgeist**

Auf Wegen zum Völkermord an den Sudetendeutschen (Rezensiert von Sascha A. Roßmüller)

Mit „Heute aber braucht mich die Heimat“ schrieb Peter Wassertheurer einen fesselnden, facettenreichen Roman, der innerlich aufwühlt, intellektuell zum Nachdenken anregt und ein Beispiel für Haltung in unfreundlichen Lebenswirklichkeiten aufzeigt. Der Roman rückt das Schicksal der Heimatvertriebenen, insbesondere der Sudetendeutschen, in seiner ungeschminkten Härte ins Bewusstsein des Lesers, führt aber auch die totalitär-dogmatischen Mechanismen einer Nachkriegsoligarchie vor Augen.

Peter Wassertheurer, geboren 1964 in Kärnten, Österreich, war nach seinem Studium in Graz Lektor für deutsche Sprache in Japan und danach wissenschaftlicher Mitarbeiter beim „Verband der volksdeutschen Heimatvertriebenen“ (VLÖ) in Wien.

Er hatte ein Lektorat an der Wirtschaftsuniversität Wien inne und ist neben seiner journalistischen Tätigkeit als Sachbuchautor auch Autor von Theaterstücken sowie Erzählungen. Die Tragödie der Opfer von Flucht und Vertreibung sowie des Gefühls des Heimatverlustes nehmen zwar seitenmäßig den größten Raum seines jüngsten 700-Seiten-Romans ein, doch ist den beiden Hauptfiguren, der Historiker Dr. Peter Greinlinger und die Physiotherapeutin Christa Hofbauer, große Bedeutung für die Botschaft des Romans beizumessen. Sie sind die zentralen Figuren, an denen sich die für das Genre Roman kennzeichnende Charakterdarstellung abarbeitet.

#### **Literarische Ästhetik**

Für gewöhnlich wird dem ersten Satz eines Romans wegweisende inhaltliche Bedeutung zugeschrieben. Dies darf man für das hier in Rede stehende Werk annehmen: »Mit ganzer Kraft schlug er die Tür hinter sich zu und der helle kurze Knall hörte sich wie ein Pistolenschuss an, den ein Unbekannter aus nächster Nähe abgefeuert hatte«, beginnt der Roman inmitten einer konfliktgeladenen Szene. Tatsächlich werden im Laufe der Romanhandlung Brücken abgebrochen, Entscheidungen getroffen und neue Weichen gestellt, nicht selten ist dies mit Risiken verbunden. Bereits mit seinen ersten Sätzen beweist der Autor, dass er schreiben kann. An zahlreichen Stellen dieses monumentalen Romans intensivieren gekonnte Beschreibungen bestimmter Situationen, häufig gepaart mit Interpretationen der jeweiligen Umgebung, das Nachempfinden des Lesers von Schlüsselszenen, speziell der damit verbundenen Gefühlsregungen der betreffenden Romanfiguren. Menschliche Regungen werden durch Beschreibung nicht-



Umschlag des Romans



menschlicher Umwelt plastisch nachvollziehbar bzw. umgekehrt Situationen eindringlicher, indem nicht-menschlicher Umwelt Menschliches zugeschrieben wird. Beschreibungen wie des Spiels des Windes mit spärlicher Vegetation im Herbstgewand und Bäumen, die ihre nackten Äste zum Grube wippen oder ehrfurchtsvoll sich beugende Stängel untermalen mit literarischem Geschick die melancholische Atmosphäre einer dargestellten Situation. Sätze mit Beschreibungen beispielsweise eines »Lächeln(s), das behutsam vom Gesicht des Empfängers abfällt, weil es dort keinen Halt findet«, sind Belege für die literarische Ästhetik. Wo es nötig ist, vermag der Autor durch kurze Sätze, die dennoch nie plump wirken, den Leser regelrecht in das Geschehen hinein-zuziehen.

### **Vielfältige Heimatvertreibung**

Die Romanhandlung lässt sich anhand der von Greinlinger interviewten Heimatvertriebenen Agnes Mauthen (S. 232) in die 1980er Jahre datieren. Greinlinger, unvermutet Opfer der so genannten „political correctness“ geworden, erhält eine Anstellung im Rahmen eines Projekts der Sudentendeutschen Landsmannschaft, wobei er beginnt, von seiner neuen Arbeit verfolgt zu werden, indem die Schicksale Fremder ihn zunehmend in Besitz nehmen. Dies ist eine Herausforderung für den ursprünglich verkopften Menschen. Greinlinger als kopflastiger Zeitgenosse, für den beharrliche Rationalität eine Art Schutzpanzer darstellt, weil er durch Unbekanntes oder gar logische Widersprüche nur allzu leicht aus der sozialen Balance gerät, entwickelt im Verlaufe aber doch eine erstaunliche emotionale Impulsivität, die ihm letztendlich dazu verhilft, entscheidungsfreudiger zu werden. Neben den traumatisierenden Erlebnissen, die rückblickend »wie eine zweite Haut an den Heimatvertriebenen klebte, die sich nicht abstreifen lässt«, geschildert werden, handelt der Roman zugleich von Vertreibung von Dissidenten aus dem akademischen Leben in der Gegenwart, befördert durch eine Art ideologischem Numerus Clausus und einer unrühmlichen Rolle der Medien. Der im Roman geschilderte Verlust der Geborgenheit, wenn die »Heimat fremd wird und zu einem unbekanntem Stück Erde mit namenlosen Menschen verkommt«, stellt sich heute nicht allein als historisches Ereignis dar, sondern kann angesichts einer inneren Heimatvertreibung durch Massimmigration erneut traurige Wirklichkeit werden.

### **Bewusstwerden von Identität**

Die sich behutsam, aber auch kompliziert entwickelnde Beziehung Greinlingers zu Christa, einer konservativen Siebenbürger Sächsin, verläuft parallel zu einem gemeinsamen intensiven Bewusstwerden von Identität und der Bedeutung kollektiver Narrative. Hier zeigt sich, dass der Autor ebenso in der Lage wäre, einen schönen und anspruchsvollen Liebesroman zu schreiben, wie allein eine spezielle Tiefgaragenszene und ein romantisches Abendessen, nachdem die Liebe ihren Lauf nimmt, vermuten lassen. Beiderseitiges Verlangen sowohl als Zartsinnigkeit wellenhafter Bewegungen wie auch durch loyalen Bindungswillen darzustellen, bringt ein wertkonservatives Beziehungsverständnis zum Ausdruck, das weder prüde, noch zeitgeistkrank ist. Die Gefühle der beiden Hauptfiguren füreinander kontrastieren enorm mit den Darstellungen im Zusammenhang mit Greinlingers Arbeit, wodurch beides eindrücklicher wird. Zuletzt streckt eine totalitäre Politik ihre krakenhaften Fangarme auch nach dem neuen Liebesglück sowie Greinlingers Vater-Kind-Beziehungen aus (...) doch soll dem Leser nichts vorweggenommen werden. Das Massaker von Aussig ist, wie unzählige andere schreckliche, darunter bekannte, weniger bekannte und vielfach vergessene Ereignisse, Teil der eindringlichen Erzählung von Peter Wassertheurer. Er selbst sagt zu seinem Werk: „Der Roman soll dazu beitragen, dass die Verbrechen an den volksdeutschen Heimatvertriebenen lebendig bleiben und davor bewahrt werden, aus der Geschichte vertrieben zu werden.“ Heute aber braucht mich die Heimat Greinlinger und die Todesmärsche durchs Sudetenland

Zum Buch: 700 Seiten, Verlag Deutsche Stimme, Preis 27,90.- Euro (exkl. Versand)  
[peter.wassertheurer@aon.at](mailto:peter.wassertheurer@aon.at), [geschaeftsfuehrung@deutsche-stimme.de](mailto:geschaeftsfuehrung@deutsche-stimme.de)

### **Die Welt verstehen**

1. Deutschland gibt rd. 17 Mrd. € für Bürgergeld aus. Davon fließen zehn Mrd. € an 543.000 Migrantenfamilien und nur sieben Mrd. € an 473.000 deutsche Familien (PAZ, 9.2.24, S. 4).
2. Im Kriegsfall reichte der Munitionsvorrat der Bundeswehr für drei Tage, doch die NATO verlangt einen Vorrat für 30 Tage (PAZ, 9.2.24, S. 22).
3. Die Gästerauswahl bei politischen Gesprächsrunden im Fernsehen ist unausgewogen. Linke und Grüne sind überproportional oft vertreten, während die AfD bei einer Wählerschaft von etwa 15 Prozent mit nur 0,4 Prozent so gut wie ganz ausgegrenzt wird (PAZ, 9.2.24, S. 9).
4. Laut vertraulicher Mitteilungen von Fachleuten zeigt Polen wenig Bereitschaft, die Ermittlungen zur Sprengung der Gasleitung in der Ostsee zu unterstützen (PAZ, 19.1.2024, S. 6).
5. Die Jacht von Schrauben-Würth ist 85 m lang und kostete 150 Mio. Dollar. Mit einer Mannschaft von 26 Personen und einer Tankfüllung von 285.000 l hat sie eine Reichweite von 5.500 sm. Herr Würth warnte vor einer Stimmabgabe für die AfD (Wikipedia).
6. In Berlin kommen auf jeden Bundestagsabgeordneten 45 (i. W.: fünfundvierzig!) Lobbyisten, was bei 702 Abgeordneten rd. 31.500 ausmacht! (Tagesspiegel, 7.1.23).
7. Auf der vom Fernseh-Verwaltungsrat geheim gehaltenen Liste der „Honorarmillionäre“ stehen: Markus Lanz (1,9 Mio.), Horst Lichter (1,7), Oliver Welke (1,2), Böhmermann (0,65), Kerner (0,63), Maybrit Illner (0,48), Andrea Kiewel (0,4), Marietta Slomka (0,39) usw. (FAZ, 29.1.24).
8. Die Bundesregierung richtete im Juli 2023 eine Meldestelle für Whistleblower ein. Sie ist mit 29,5 Stellen ausgestattet. Da im Schnitt monatlich nur 28 Meldungen eingehen, kommt auf einen Beschäftigten im Monat nur knapp ein Fall (0,94), was offenbar ein Missverhältnis darstellt (FAZ, 29.1.24, S. 17).
9. Als Kopernikus (1473-1543) sein Buch über das heliozentrische Weltbild veröffentlichte, nannte ihn Martin Luther (1483-1546) einen „Narren, der die ganze Kunst der Astronomie umkehre“ (Houston Stewart Chamberlain, Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, S. 45).
10. Im Ostallgäu, also in Deutschland/Europa, wurden 2018/19 zwölf Millionen Jahre alte Hominiden-Skelette entdeckt, die um 2-3 Mio. Jahre älter sind als die aus Ost-Afrika (JF, 14.5.2021, LB, S.23).
11. Im Jahre 1944 lehnte die US-Armee das deutsche Angebot, das Kloster Monte Cassino aus den Kämpfen herauszuhalten, ab. Daher organisierte die Wehrmacht den Abtransport wertvollsten Kulturgutes in den Vatikanstaat. Auf Befehl Hitlers durften auch die Tiberbrücken Roms usw. nicht zerstört werden (JF, 23.2.24, S. 23).
12. Da Admiral Nelson, 1805 Sieger von Trafalgar, einst im Parlament gegen die Abschaffung der Sklaverei gestimmt hat, wird in England die Beseitigung seiner Denkmale gefordert (PAZ, 16.2.24, S.11).
13. Aus dem aktuellen deutschen Bundeshaushalt fließen 62 Mrd. Euro in 70 fremde Länder, darunter 1,73 Mrd. an die Atommacht Indien oder 20 Mio. nach Peru für die Anlage eines Fahrradwegenetzes (PAZ, 19.1.24, S. 2).
14. Das neue russische Medinskiy-Schulbuch bezeichnet die Vereinigung der DDR mit der BRD als Annexion der DDR durch Westdeutschland (FAZ, 27.2.2024, LB, S.18).
15. Die Dekarbonisierung (CO<sub>2</sub>-Vermeidung) Deutschlands geht zu Lasten der unteren Einkommensschichten, was zu Verteilungskämpfen führen wird, aber nur von Verlusten, nicht von Zugewinnen (FASZ, 10.3.2024, S.56).
16. Die allgemeine Reiselust hat dazu geführt, dass sich heutzutage weltweit stets eine Million Menschen in Reiseflugzeugen in der Luft befindet (Prof. Lesch, TV)
17. Die Deutsche Bank überwies 2023 ihren 90.130 Angestellten 10,3 Mrd. €. Das ergäbe ein Durchschnittsgehalt von 114.000 €, das aber wegen 505 „Einkommensmillionären“ der Bank niedriger ist. (FAZ, 15.3.24).
18. In der EU halten sich 650.000 wehrfähige Männer aus der Ukraine auf, davon 200.000 in Deutschland.
19. Von 1,6 Mio. Kranken, die zwischen 2011 und 2014 in US-Kliniken behandelt wurden, überlebten nach 30 Tagen deutlich mehr, wenn sie von einer Ärztin statt von einem Arzt behandelt wurden. Gleiches galt in Florida bei der Notaufnahme von Herzinfarkten zwischen 1991 und 2010 (Bild der Wissenschaft, 4/2024, S. 35).
20. Seit 2009 stieg an den deutschen Hochschulen die Zahl der Studiengänge von 13.000 auf 21.000. Ist das ein Trend zum Schmalspurstudium ohne Gesamtüberblick über das Hauptfachgebiet? (FAZ, 27.3.24, S. B 1).
21. Frankreichs Staatsgebiet besteht zu rd. 25 Prozent aus ehemals deutschen Gebieten. Das Saarland blieb nur deutsch, weil französische Verfassungsjuristen auf die Notwendigkeit einer Volksabstimmung hinwiesen (Henning Lenthe, in: Anzeiger der Notverwaltung des dt. Ostens, Juli 1995, S. 5).
22. In der ČSR erreichte die Henleinpartei bei den Wahlen vom 19.5.1935 mit 1.249.350 Wählern 44 Mandate. Die Tschech. Agrarier erhielten 45 Mandate, obwohl sie mit 1.116.593 Wählern 132.757 Stimmen weniger hatten. Grund: betrügerische Wahlkreisgeometrie! (Brügel, Tschechen und Deutsche, S. 265-269).
23. Viele Ostpreußen verschlug es 1945 auf ihrer Flucht nach Dänemark. Die für sie entstandenen Betreuungskosten von rd. 800 Mio DM hat die Bundesrepublik zwischen 1953 und 1958 abgezahlt. Die Zahl der in den Flüchtlingslagern Dänemarks 1945/46 gestorbenen Deutschen beträgt 17.209, darunter viele Kinder und Alte (JF. 30.10.15, S. 21).

### **Minderheitenstreit im hohen Norden**

Im Norden Skandinaviens leben rd. 85.000 Samen. Ihr Name bedeutet so viel wie Sumpfbewohner. Bisweilen werde sie auch als Lappen bezeichnet, doch dieser Name wird von ihnen als herabsetzend empfunden, so dass man ihn meiden sollte. Geographisch verteilen sich die Samen auf Norwegen, Schweden, Finnland und Russland. Etwa 15.000 davon gehören zu Schweden.

Wer an Schweden denkt, hält die Samen dort für gut aufgehoben. Das aber täuscht, denn es gibt dunkle, das gegenseitige Verhältnis belastende Kapitel aus der Vergangenheit. Das Problem sind die Weidegründe für die Rentiere der Samen. Sie wurden immer wieder vom Staat beschlagnahmt und die Besitzer zum Umzug in den Süden gezwungen. Kultur und Sprache der Sami gingen dabei verloren. Vor allem, weil ihre Kinder in Internate, sog. Nomadenschulen, eingewiesen wurden. Das begann 1930 und endete erst 1962 und war mit psychischem und physischem Druck auf die Kinder verbunden. Besonders einschneidend war das Verbot, die Muttersprache zu gebrauchen, was zur Folge hatte, dass mehrere Sami-Generationen ihre Sprache verlernten. In abgewandelter Form geht diese Politik heute leider weiter, wenn man an die Genehmigungen für Bergbauunternehmen oder für Windparks in den Rentiergebieten denkt.

Was es nicht mehr gibt, sind die rassistischen Untersuchungen, wofür schwedische Wissenschaftler früher in den Norden geschickt wurden. Aber immer noch werden Rentiere getötet, ohne dass die Polizei dem nachgeht. Die Suizid-Rate ist hoch. Vergleiche mit Irland, Kanada oder Australien liegen nahe.

#### **Späte Genugtuung?**

Die materiellen und kulturellen Schäden sind vermutlich nicht wieder gutzumachen. Trost bietet nur die literarische und filmische Aufarbeitung. So verfasste Ann-Helen Laestadius den Roman „Das Leuchten der Rentiere“, der nun auch verfilmt wird. Der Roman fand besonders bei jungen Sami-Lesern Anklang, die wie die Autorin nach ihrer Identität suchen.

#### **Beispiel für andere Minderheiten?**

Ist Ähnliches bei den Sudetendeutschen denkbar? Zweifel sind begründet. Hier plant man im Gegenteil die Umbenennung eines nach einem Landsmann benannten Gymnasiums. Filmisch beherrschen Streifen aus der Wochenschau des Jahres 1938 die Szene, ohne die wahren Zusammenhänge aufzuzeigen. Verhängnisvoll für die Sudetendeutschen war, dass sie ihre „Weidegründe“ mit ertragreichen Industriezentren und Weltbädern ausgestattet haben und so ein Land ohne Rentierromantik schufen.



Same mit Rentier

*Vervielfältigung ist insofern ein Fortschritt, als sie die Verbreitung des Einfältigen ermöglicht  
(Karl Kraus)*

Gott gab Dir Dein Gesicht, aber lächeln musst Du schon selber!

### Träger des Großen Sudetendeutschen Kulturpreises

Der Große Sudetendeutsche Kulturpreis wird seit 1955 vergeben. Daran ist auch das Land Bayern als Schirmherr der Sudetendeutschen beteiligt. Vielleicht ist das der Grund, dass nicht bei allen Preisträgern ein direkter Bezug zur Landsmannschaft zu erkennen ist. Inzwischen gibt es 68 Träger dieser Auszeichnung, die im Netz einzusehen sind und hier in Auswahl abgedruckt werden. Die Ergänzungen in Klammern folgen Wikipedia

**1955: Alfred Kubin** (\* Leitmeritz, danach in Oberösterreich, Graphiker, Schriftsteller)

**1958: Erwin Guido Kolbenheyer** (\* Budapest, Romanautor, Dichter, Mutter aus Karlsbad, daher dort Zweitwohnsitz)

**1961: Herbert Cysarz** (Germanist, Prof.in Prag und München, „kämpfende Germanistik“)

**1962: Bamberger Symphoniker** (Musiker, die sich nach der Vertreibung wiederfanden)

**1964: Koeckert-Quartett** (sh. oben!)

**1965: Adolf Kindermann** (\* in Nordböhmen, Bischof, Kathol. Anstalten in Königstein/Ts.)

**1967: Eugen Lemberg** (\* Pilsen, Prof. in Frankfurt)

**1968: Josef Mühlberger** (\* Trautenau, Schriftsteller und Journalist, Herausgeber einer Zeitschrift Witiko)

**1970: Karl Bosl** (\* Cham, Historiker, Prof. , u.a. Herausgeber des Handbuches der Geschichte der Böhmisches Länder, 1974, 4 Bände)

**1972: Gertrud Fussenegger** (\* Pilsen, Schriftstellerin, Haus der dunklen Krüge usw.)

**1976: Viktor Aschenbrenner** (\* Aussig, Autor unzähliger Beiträge zum Sudetenland)

**1979: Otfried Preußler** (\* Reichenberg, Autor von Jugendbüchern)

**1981: Otto Kimminich** (\* Niklasdorf, Staats- u. Völkerrechtler, Uni Bochum u. Regensburg)

**1983: Ilse Tielsch** (\* Auspitz, Schriftstellerin)

**1994: Herbert Fleissner** (\* Eger, Jurist u. Verleger, Mitglied u. Förderer des Witikobundes)

**1995: Friedrich Prinz** (\* Tetschen, Historiker, Prof. in Saarbrücken und München)

**1996: Widmar Hader** (\* Elbogen, Komponist)

**2001: Oskar Böse** (\* Seifersdorf, zuletzt Leiter des Gerhart-Hauptmann-Hauses Düsseldorf)

**2003: Armin Rosin** (\* Karlsbad, Musikwissenschaftler, Dirigent)

**2004: Peter Glotz** (\* Eger, MdB, Kommunikationswissenschaftler)

**2010: Rudolf Grulich** (\* Runarz bei Mähr. Trübau, Theologe und Kirchenhistoriker)

**2013: Peter Kurzeck** (\* Tachau, Schriftsteller)

**2016: Helmut Hellmessen** (\* Karlsbad, Graphiker, Designer)

In diesem Jahr geht der Große Sudetendeutsche Kulturpreis an **Dr. Gertrude Krombholz**. Sie wurde 1933 in Tetschen geboren und war Gymnasiallehrerin für Sport, Chemie und Geographie. Bald stieg sie auf zur Dozentin und schließlich zur Leiterin an der Bayrischen Sportakademie für Sportphilologinnen. Bei den Olympischen Spielen 1972 in München fungierte sie als Chefhosteß und wirkte dank ihrer Zusatzausbildung als Tanzlehrerin bei der Choreographie der olympischen Eröffnungsfeiern 1972 bis 1980 mit. Hervorzuheben ist schließlich ihr Engagement für den Behindertensport.

## **Die Retribution**

### **Ein Schandfleck für die č. Justiz**

Bald nachdem Konrad Adenauer im September 1955 von den Sowjets die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen erlangt hatte, öffneten sich auch in der ČSR für etwa 1.500 Deutsche die Kerkertore. Diese Aktion dauerte vom Spätherbst 1955 bis zum Sommer 1956. Einige Hundert Gefangene mussten leider noch bis Weihnachten 1961 ausharren, darunter die Generäle Toussaint, Hitzgrad und Schmidt.

Einer der 1955 Freigelassenen war Anton Hergert aus Donawitz bei Karlsbad. Nach seiner Haft gehörte zu den Gründern der „Kameradschaft der Joachimsthaler“ und sammelte Erlebnisberichte seiner Leidensgenossen. Diese veröffentlichte der Sudetendeutsche Rat 1962 unter dem Titel „**Justiz im Dienste der Vergeltung**“. Das Büchlein hat 128 Seiten und muss als Ergänzung zu den anderen sudetendeutschen Dokumentationen über tschechische Willkürtaaten gesehen werden. Zu nennen sind dabei: Wilhelm Turnwald (Sudetendeutsche Weißbuch, 1951), Emil Franzel (Die Vertreibung, 1967), Father Reichenberger (Ostdeutsche Passion), Wilhelm Dennler (Die Böhmisches Passion, 1953) usw. usw.

### **Maßnahmen gegen Kollaborateure**

Als Benesch im Dezember 1943 in Moskau weilte, kam es auch zu Gesprächen mit den Spitzen der tschechischen Emigration in Moskau. Diese legten der Londoner Exilregierung ein Achtpunkteprogramm vor, mit dem diese aufgefordert wurde, einen Gesetzesentwurf zur Bestrafung tschechischer und slowakischer Kollaborateure auszuarbeiten. Von Deutschen war noch nicht die Rede, denn die Kommunisten dachten vorerst nur an die Wahlen nach Kriegsende. Sie wussten, dass die Zahl der Kollaborateure in die Zehntausende ging, die man sich nicht zu Feinden machen dürfe. Also galt es, die Verantwortung für ihre Bestrafung auf die nichtkommunistischen Parteien abzuwälzen. Diese Rechnung ging auf, denn die KPC wurde 1946 stärkste Partei.

Strategisch gingen die Kommunisten auch bei der Vertreibung der Deutschen vor. Benesch legte den Kommunisten seinen sog. Necas-Plan vor, der aus einer Kombination von Gebietsabtretung und Ausweisung bestand. Das aber bezeichneten die Kommunisten als Landesverrat und verlangten die Totalvertreibung. Damit wollten sie ein entschieden antikommunistisches Element aus der ČSR entfernen und čsl. Wähler durch die Aufteilung des sudetendeutschen Besitzes für sich gewinnen. Auch diese Rechnung ging auf.

### **Retribution gegen Deutsche**

Die Anwendung der Retribution gegen Deutsche wurde offiziell erstmals im Kaschauer Programm vom 5. April 1945 erwähnt. Genannt wurden aber nur „deutsche und madjarische Kriegsverbrecher“, keineswegs auch tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Nationalität, d.h. die Sudetendeutschen. Gedacht war auch an die Auslieferung ehemaliger deutscher Soldaten an die UdSSR, die auf deren Gebiet eingesetzt waren. Maßgebend für die Verfolgung Sudetendeutscher war schließlich das **Retributionsdekret** Beneschs vom 19. Juni 1945. Es ging vom Republikenschutzgesetz vom 13. März 1923 aus, führte neue Straftatbestände ein und verschärfte zahlreiche Strafen. Die Verschärfungen sollten dem westlichen Ausland beweisen, wie verbrecherisch sich die Sudetendeutschen gegen den tschechoslowakischen Staat verhalten hätten und die Vertreibung gerechtfertigt sei.

### **Verhaftungswelle**

Die Verfolgung Sudetendeutscher begann am 5. Mai 1945, also lange vor dem Retributionsdekret. Verzögerungen gab es nur in den rein deutschen Gebieten, bis tschechische Revolutionskräfte dorthin vordrangen. Verhaftet wurden Sudetendeutsche, die im öffentlichen Leben hervorgetreten waren oder deren Besitzstand reiche Beute versprach. In fast allen sudetendeutschen Städten, aber auch im Inneren Böhmens wurden Internierungslager eingerichtet.

Da gegen die meisten Inhaftierten nichts vorlag, ergingen Aufrufe an die Bevölkerung, Belastungsmaterial einzureichen. In Pilsen verteilte man sogar eine Druckschrift mit den Namen von 1350 „vorsorglich“ Inhaftierten mit der Bitte um Belastungsmaterial (sh. Abbildung!).

### **Die Volksgerichte**

Wenn es gelang, Belastungsmaterial zu beschaffen oder zu konstruieren, erfolgte die Anklage bei einem sog. Volksgericht. Dieses bestand aus einem Berufsrichter und vier Beisitzern, meist Mitgliedern der vier zugelassenen Parteien („Die Agrarier“ als stärkste Vorkriegspartei waren verboten). Die Verhandlungssprache war Tschechisch, die die meisten Angeklagten nicht verstanden. Dolmetscher und Pflichtverteidiger gaben sich in der Regel wenig Mühe. Das lag natürlich auch am starken Druck von außen. Nur ausnahmsweise, wenn der Richter auch Deutsch konnte, wurde zweisprachig verhandelt. Die Vorladung von Entlastungszeugen wurde stets abgelehnt. Der Verteidiger beschränkte sich meist darauf, um ein „gerechtes Urteil“ zu bitten. Revisionsverhandlungen waren nicht vorgesehen. Die Beschuldigungen waren meist grotesk, so bei einem Landwirt, der wegen Kriegsverlängerung „durch gute Ernten“ verurteilt wurde. Oder bei einem Werksschutzmann, der einen Tschechen bei einem Diebstahl ertappt hatte und nicht bereit war „ein Auge zuzudrücken“. Bloße Zugehörigkeit zur SS wurde mit 20 Jahren Kerker geahndet. Sachbearbeiter, die bei einem Arbeitsamt zuständig waren für die Dienstverpflichtung „im Reich“, wurden gehängt, wenn einer der Dienstverpflichteten bei einem alliierten Bombenangriff umgekommen war. Landesweit kam es zu 713 vollstreckten Todesurteilen, darunter 475 gegen Deutsche. Lebenslängliche Haft wurde gegen 741 Personen, davon 443 Deutsche, verhängt.

### **Die Erlebnisberichte**

Die von Anton Herget zusammengetragenen Erlebnisberichte bestätigen obige Angaben durch konkrete Schilderungen. Das Bedrückende an den Opferzahlen ist, dass sie produziert wurden, um dem Ausland die angebliche Verwerflichkeit der Sudetendeutschen zwecks Rechtfertigung der Vertreibung vorzuspiegeln.

Die Erlebnisberichte dokumentieren aber nicht nur das erbarmungslose Vorgehen der Volksgerichte, sondern auch die grausamen Leiden schon während der Untersuchungshaft. Diese Vorkommnisse sind so schlimm, dass man sich scheut, sie abzudrucken, weshalb das auch hier unterbleibt. Auch wenn es makaber ist, kann man sagen, dass die den Volksgerichten vorangegangenen Zeiten der Untersuchungshaft lebensgefährlicher waren als jene selbst. In Pilsen landeten 88 Fälle vor dem Volksgericht, wovon sieben (= 7,9 %) mit dem Todesurteil endeten. Im Vergleich dazu starben von den sog. 64 „Ascher Männern“ während ihrer Haft am Pilsner Bory 33, was einer Quote von 51,5 % entspricht. Keiner wurde angeklagt und die 31 Überlebenden entließ man 1946 kommentarlos.

In dem Buch „East Wind Over Prague“, S. 149, hofft der Autor, dass die „Geschichte der Deutschenvertreibung niemals geschrieben“ werde. Als Sohn des tschechischen Justizministers Jaroslav Stransky (bis Mai 1946) hatte er sicherlich auch die Gründe für seinen Wunsch! (F.V.)

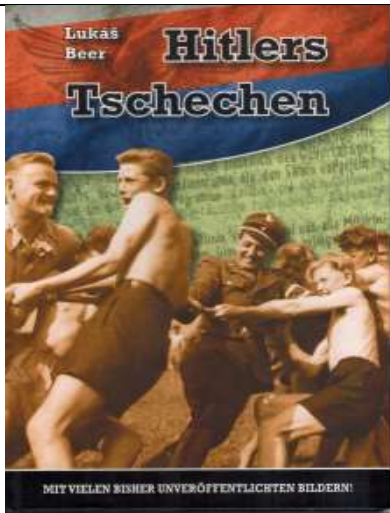
Wenn Du lange in einen Abgrund blickst, blickt der Abgrund auch in Dich hinein.

*Friedrich Nietzsche*

OKRESNÍ NÁRODNÍ VÝBOR V PLZNI	
OKUPANTI A ZRÁDČI	
Abecední seznam všech dosud zajištěných.	
Vydáno v červnu 1945	
Makladem okresního národního výboru v Plzni Vytiskla „Grafika“, tiskárské podniky v Plzni	
Adamcová Tamara	
Adamec Petr	
Albi Karel	
Albrecht František	
Albrecht František	
Audrfer Richard	
Andrus Josef	
Angerbauer Bedřich	
Anger Max	
Angerová Terzie	
Anthor Kurt	
Antoniová Anna	
Apfelhaker František	
Apelt Bruno	
Auslerová Barbora	
Baberynski Emil	
Babka Josef	
Bahner Otto	
Bajer Alois	
Bambas Ladislav	
Barriř Eduard	
Bayer Robert	
Bayer Václav	
Bayer Josef	
Bayer Adolf	
Bayer Karel	
Bayer Adolf	
Bayer Viktor	
Bayerová Viktorie	
Bararová Libuše	
Bartovský Josef	
Bartovský Josef	
Balák František	
Balák Josef	
Bauer Cenek	
Bauer Alois	
Bauer Max	
Baudoin Gerald	
Baumann Karel	
Baumgartel František	
Baumgarten František	
Baumucker Josef	
Bedenk Josef	
Bedenk František	
Beck Fritz	
Bek Josef	
Böhm Emil	
Böhm Alexander, JUDr.	
Böhm Echart	
Adamcová Tamara	
Adamec Petr	
Albi Karel	
Albrecht František	
Albrecht František	
Audrfer Richard	
Andrus Josef	
Angerbauer Bedřich	
Anger Max	
Angerová Terzie	
Anthor Kurt	
Antoniová Anna	
Apfelhaker František	
Apelt Bruno	
Auslerová Barbora	
Baberynski Emil	
Babka Josef	
Bahner Otto	
Bajer Alois	
Bambas Ladislav	
Barriř Eduard	
Bayer Robert	
Bayer Václav	
Bayer Josef	
Bayer Adolf	
Bayer Karel	
Bayer Adolf	
Bayer Viktor	
Bayerová Viktorie	
Bararová Libuše	
Bartovský Josef	
Bartovský Josef	
Balák František	
Balák Josef	
Bauer Cenek	
Bauer Alois	
Bauer Max	
Baudoin Gerald	
Baumann Karel	
Baumgartel František	
Baumgarten František	
Baumucker Josef	
Bedenk Josef	
Bedenk František	
Beck Fritz	
Bek Josef	
Böhm Emil	
Böhm Alexander, JUDr.	
Böhm Echart	
Plzeň, Benešovo nám. 33	
Dolce-Sillov č. 69	
Dobňany, Nová ul. 906	
Plzeň, Zámečnická 20	
Třemoušná 76	
Uhřetě 16	
Plzeň, Schwarzova 46	
Plzeň, Nepomucká 209	
Plzeň, Nepomucká 209	
Plzeň, U rolnické 10, u pl. Slánové	
Plzeň, Plachého 16	
Vlkův 97, okres Stříbro	
Bukovec 36	
Plzeň, Bolevec, Ladecká 32	
Petrovice 156, okr. Fryšlat	
Plzeň, Skřelova 8	
Plzeň, Doudlevecká ul.	
Křivce č. 1	
Uvaly 226	
Plzeň, Tylova 3	
Altenberg 79, okr. Jihlava	
Nýřany 296	
Plzeň, Husova 65	
Plzeň, Fodermayerova 13	
Dobňany, Hamberkova 2	
Plzeň, Fodermayerova 13	
Plzeň, Fodermayerova 13	
Plzeň, Fodermayerova 13	
Plzeň, Fodermayerova 13	
Plzeň, Skvrňanská 37	
Plzeň, Klaislova 21	
Plzeň, Klaislova 21	
Plzeň, Nepomucká 77	
St. Pizemec, Havlíčkova 24	
Hetman, Hof 66, okr. Stříbro	
Plzeň, Andrlíková 28	
Plzeň, Perlová 3	
Nový Bydžov	
Plzeň, Letná, Revolucní 42	
Dolní Sekyřany, okr. Stříbro	
Rocholev 111	
Vlkův 118, okr. Stříbro	
Chotšov 109	
Plzeň, Anglická nádt. 15	
Nýřany 687	
Plzeň, Velenšavlňova 28	
Horní Břizva 77	
Plzeň, Pilsarská 5	
Plzeň, Křihkovy sady 9	

\*) Znaménkem „—“ označeni nejsou dosud zatčeni.  
Bude na ně vydán zatykač.

Titel: *Okkupanti und Verräter, Alphabetisches Verzeichnis aller bisher Inhaftierten*  
Mit dieser Liste suchte die Stadtregierung Pilsen nach Belastungsmaterial gegen die Häftlinge



Neu! ! € 45,- (ein absolutes MUSS!)



€ 5,-



€ 11,-



€ 18,50



€ 10,-



€ 10,-



€ 10,-



€ 30,-



€ 25,-

Bestellungen bitte über [witikobund-bundesverband@freenet.de](mailto:witikobund-bundesverband@freenet.de) oder über die Adressen im Impressum!